

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus in Groß-Berlin 12 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen (Zustellungsgebühren eingeschlossen) ein. Unter Drucklegung bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 96 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E. 2, Weite Straße 5-6.

Die achtspaltige Hauptüberschrift über deren Raum kostet 3.- M., einschließlich Teuerungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungsbeitrag. Einzelne Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gebote 1,25 M., jedes weitere Wort 1.- M., in den Anzeigen: das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

England drängt auf Entscheidung

Das Programm der Konferenz

London, 2. August.

„Daily Chronicle“ meldet, am Sonnabend findet eine Sitzung des Kabinetts statt, um über die Haltung Groß-Britanniens in den Fragen, die auf der Konferenz des Obersten Rates zur Verhandlung kommen, zu beschließen. Lloyd George und Curzon sahen am Montag um 11 Uhr vormittags nach Paris ab. Wie der politische Vertreter des „Daily Chronicle“ meldet, werden in den wahrscheinlich am Montag beabsichtigten wichtigen Erörterungen vier alliierten und Finanzvertreter, die im Zusammenhang mit der Konferenz des Obersten Rates stattfinden und die Frage der deutschen Reparationen sowie andere Fragen betreffen, auf britischer Seite Sir Robert Horne und mehrere Vertreter des britischen Schatzamtes teilnehmen.

Ein diplomatischer Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Zwischen den hauptsächlich beteiligten Mächten findet augenblicklich ein lebhafter Gedankenaustausch über das Programm der bevorstehenden Pariser Konferenz des Obersten Rates statt. England hoffe, daß die Konferenz nicht lange währe und möchte einen baldigen Abschluß dadurch ermöglichen, daß die Beratungen auf Fragen beschränkt werden, die unbedingt ohne weitere Verzögerung gelöst werden müssen. Unter diesen Fragen befindet sich die oberösterreichische Frage, die Frage der Rheininsanktionen, der Kriegsschuldigen und auch Fragen bezüglich Bezahlung der deutschen Verpflichtungen. Was Oberösterreich anbetrifft, so scheint trotz der „elastischen Ansichten“ der italienischen Sachverständigen bisher wenig Aussicht zu bestehen, daß der Ausschluß der Techniker (Sachverständigen) zu einer Einigung gelange. Bestimmten seien daher der Ansicht, daß der Oberste Rat nicht in der Lage sein werde, eine Lösung der Grenzfrage zu finden und sich mit Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung werde begnügen müssen, wozu die Entsendung von alliierten Verstärkungen nach Oberösterreich gehören könne oder auch nicht.

„Daily Telegraph“ zufolge ist man jedoch in britischen Kreisen entschlossen, daß die oberösterreichische Frage endgültig geregelt werden soll. Die gleiche Ansicht herrscht mit Bezug auf die Rheininsanktionen. Die Engländer sind der Meinung, daß die neue Garantie-Kommission, der einige der Alliierten die Frage der Sanktionen überweisen wollen, nicht befugt sein kann, Maßnahmen vor großer militärischer und wirtschaftlicher Wichtigkeit, die ursprünglich vom Obersten Rat getroffen wurden, aufzuheben. In einigen Kreisen besteht laut „Telegraph“ bereits Neigung zu einem Ausgleich in der Sanktionen-Frage, indem die Bezahlung der Rückerte aufrecht erhalten, dagegen die künstliche Zollgrenze aufgehoben werde. Bezüglich der Frage der Kriegsschuldigen erscheint es durchaus möglich, daß Frankreich und vielleicht auch Belgien den Wunsch zum Ausdruck bringen werden, die Beschuldigten selbst abzurufen.

Ein neuer Verschleppungsversuch

Paris, 3. August.

„Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß General De Rond, wenn er von dem Obersten Rat gehört werde, die Notwendigkeit von Truppenverstärkungen betonen werde. Wie auch die Entscheidung über die zukünftige deutsch-polnische Grenze ausfallen möge, sie werde auf deutscher oder polnischer, vielleicht auch auf beiden Seiten Rundgebungen hervorrufen, die die Ruhe im Abstimmungsgebiet und die Sicherheit der internationalen Truppen in Frage stellen könnten, wenn diese nicht verstärkt würden. Marshall Foch wird jedenfalls auch vom Obersten Rat gehört werden. Von ihm wurde als Minimum die Entsendung von einer Division Verstärkung bezeichnet, die an Ort und Stelle angekommen sein müßte, bevor der Oberste Rat in der Grenzfrage endgültig entschieden habe. „Petit Parisien“ und offenbar von der gleichen Stelle beeinflusste „Echo de Paris“ erklären, daß Vorsicht bei dem Truppentransport obwalten müsse. Man könne nur drei Militärszüge pro Tag ablassen, und der Transport einer Division würde demnach wenigstens 15-20 Tage in Anspruch nehmen. Da die Engländer darauf bestünden, daß die Entscheidung durch den Obersten Rat getroffen werde, sehe man die Schwierigkeiten, die man zu Beginn der kommenden Woche zu überwinden haben werde. „Petit Parisien“ sagt, wenn also der Oberste Rat nach der Meinung des Generals De Rond handle, müsse die Entscheidung aufgeschoben werden. Kümmerete man sich aber nicht darum, dann trage man schwere Verantwortung.

Das Programm der Finanzkonferenz der Alliierten

CC. Paris, 3. August.

Entgegen anderslautenden Meldungen erzählt der „Petit Parisien“, daß auf der Konferenz der Finanzminister zunächst die von Deutschland zu zahlenden belgischen Schulden, dann auch die Kosten der Besatzungstruppen und vielleicht die Aufteilung der Reparationssumme unter die kleinen Staaten, die 6 Prozent erhalten sollen, besprochen werden sollen. Dagegen sei es un-

wahrscheinlich, daß die Frage der deutschen Sachlieferungen und infolgedessen die deutsch-französischen Abmachungen erörtert werden. Die Aufgabe der Finanzminister würde übrigens durch eine am 30. Juli getroffene Entscheidung der Reparationskommission erleichtert werden. Infolge des belgischen Prioritätsrechtes, das in Spa anerkannt wurde, würden die von Deutschland seit dem 1. Mai gezahlten Summen einschließlich jener, die noch zur Deckung der ersten Milliarde erfolgen müssen, mit Ausnahme von 100 Millionen Mark, die England zur Deckung von Besatzungskosten erhalten soll, an Belgien fallen.

Der gemeinsame Schritt in Berlin

E. Paris, 3. August.

Bezüglich der Verzögerung des gemeinsamen Schrittes der drei alliierten Botschafter in Berlin erklärt der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“, er habe aus englischer Quelle erfahren, daß diese Verzögerung auf einem Irrtum in der Uebersetzung des vom Foreign Office an Lord D'Abernon abgeordneten chiffrierten Telegramms beruhe. Bei der Uebersetzung enthielt das Telegramm eine Bedingung, durch die sein Inhalt eine wesentliche Abänderung erfuhr, so daß Lord D'Abernon der Ansicht war, sich dem Schritte seiner französischen und italienischen Kollegen nicht anschließen zu können, bevor er nicht über die Angelegenheit nach London berichtet hätte. Gestern Abend sandte nun das Foreign Office an Lord D'Abernon ein neues Telegramm, in dem erklärt wird, daß die ihm erteilten Instruktionen mit denen der französischen Botschafter übereinstimmen. Lord D'Abernon wurde ersucht, den Schritt ohne Zögern vorzunehmen. Auch der italienische Botschafter erhielt endgültig von der Consulta den Auftrag, im gleichen Sinne zu handeln. Demnach sei es wahrscheinlich, daß der gemeinsame Schritt der Botschafter in Berlin heute stattfinden werde.

Die Abrüstungskonferenz

London, 2. August.

Der diplomatische Berichterstatter des „Evening Standard“ schreibt: Infolge der ablehnenden Haltung der amerikanischen Regierung sei der Plan einer Vorkonferenz zur Washingtoner Abrüstungskonferenz fallen gelassen worden. An der Washingtoner Abrüstungskonferenz sollen teilnehmen: England (dessen Delegierte auch die Dominions vertreten werden), Frankreich, Italien, Japan, China und die Vereinigten Staaten. Sowohl Lloyd George als Briand werden der Konferenz beiwohnen.

„Chicago Tribune“ meldet aus Washington, daß die Botschafter der auswärtigen Mächte an ihre Regierung eine vom Staatssekretär Hughes ausgehende Mitteilung gerichtet haben sollen, wonach die Tagesordnung der Abrüstungskonferenz von dieser selbst aufgestellt werden soll. Das Staatsdepartement habe gestern mitgeteilt, daß die Länder, die der Konferenz beiwohnen werden, selbst die Kosten tragen sollen.

Spanien vor ernstern Unruhen

UL. Paris, 3. August.

Der „Matin“ schreibt: Beunruhigende Nachrichten treffen seit einigen Tagen aus Spanien ein. In Bilbao und in den meisten größeren Städten haben bei der Abfahrt der Soldaten nach Marokko Rundgebungen der Arbeiter stattgefunden, denen sich vielfach die Soldaten angeschlossen haben. Die Regierung befürchtet ernste Unruhen, besonders in Katalonien. Eine Rundgebung in Madrid, die sich mit den Ereignissen in Marokko befaßt, ist von der Polizei unterzagt worden.

Hilfe für Rußland

DA. Bern, 2. August.

Der leitende Ausschuh der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei und der Ausschuh des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes forderten die Sektionen in einem Rundschreiben auf, für die Opfer der Hungersnot in Rußland eine Sammlung von Geld, Kleibern und Wäsche zu veranstalten. Das Geld ist zum Ankauf von Arznei und Lebensmitteln bestimmt. Der Ertrag der Sammlung wird dem Moskauer Komitee übermittelt. Ein aus je drei Vertretern der sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsbundes zusammengesetztes Zentralkomitee wird sich die Mitwirkung der kantonalen Komitees zur Durchführung der Propaganda und der Entgegennahme der Geschenke sichern.

Deutschland und der Völkerbund. Im englischen Unterhaus wurde erklärt, daß die Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde vom Rate des Völkerbundes selbst gelöst werden sollte. Die englische Regierung habe nicht die Absicht, ihren Delegierten Instruktionen wegen ihres Verhaltens in dieser Angelegenheit zu erteilen.

Die Auflösung des Thüringer Landtags

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

Der Thüringer Landtag ist am verfloffenen Sonnabend der Auflösung verfallen. Der Auflösungsantrag wurde von der Unabhängigen Fraktion gestellt, die im rechten Augenblick zu der Einsicht gelangte, daß das Thüringer Parlament in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht mehr arbeitsfähig war. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß der Auflösungsantrag unserer Genossen, ungeachtet seiner absoluten Notwendigkeit und Berechtigung sämtlicher Parteien ungelassen kam. Den Kommunisten wegen ihrer törichtesten Regierungspolitik, deren Folgen von niemand peinlicher empfunden wurde, als von den Anhängern der BRPD. Den Rechtssozialisten wurden höchst ausichtsreiche Spekulationen verboden. Die Demokraten wählten trotz der wiederholt erwiesenen völligen Arbeitsunfähigkeit des Landtages weiterzustehen und ihren zweifelhaften Einfluß auf die Regierung steigern zu können. Die bürgerlichen Reaktionsparteien, die seit Jahr und Tag auf den Konflikt hingearbeitet haben, sind in diesem Augenblick um eine jugendkräftige Wahlparade in tödlichster Verlegenheit, sie trachteten deshalb die Auflösung bis zu einem wichtigeren Augenblick für sie zu verzögern. Aber die innere Unhaltbarkeit des kleinen Parlaments war in diesem Falle stärker als alle parteipolitischen Berechnungen, der Antrag der USF-Fraktion wurde schließlich einstimmig angenommen. Die Neuwahlen sind für den 11. September anberaumt, und das neue Parlament muß innerhalb 70 Tagen zusammentreten.

Wenn man sich der langwierigen Regierungsbildungssuche vor einem Jahr nach der Wahl des ersten Thüringer Landtages erinnert, so muß man sich immer noch wundern, daß Parlament und Regierung dieses relativ lange Leben beschieden war. Die demokratische Fraktion in Stärke von vier Mann gab sowohl für eine Rechts- wie für eine Linksregierung den Ausschlag. Zustande kam eine demokratisch-rechtssozialistische Regierung unter wohlwollender Neutralität der USF, ohne jede feste Bindung für unsere Partei. Es liegt klar auf der Hand, daß das Schicksal der Regierung in die Hände der Demokraten gegeben war, die ihre Mittelstellung strupellos ausnützten, um Einfluß auf die Regierung zu gewinnen. Die Demokraten verfügten alsbald über ebensoviel Regierungsmitglieder wie Parlamentsvertreter. Was diese schwankenden, mehr nach rechts als nach links tendierenden Elemente in dieser Stärke in der Regierung zu bedeuten hatten, ist leicht zu erkennen. Durch ihr Verhalten wurde die planmäßige Konfliktpolitik der vereinigten Rechtsparteien, deren offenes Ziel der gegenrevolutionäre Kurs nach bayrischem Muster war, überhaupt erst möglich. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Landbund, zusammen eine starke Minderheit, arbeiteten unablässig mit den niedrigen Mitteln, insbesondere außerhalb des Parlaments, an dem Zusammenbruch der ihnen verhassten Regierung. Erleichtert wurde das reaktionäre Spiel nach der Spaltung der USF, die sich im thüringer Parlament derart vollzog, daß von der 15 Mann starken Fraktion vier Abgeordnete eine kommunistische Gruppe bildeten, deren Postill offenbar nicht durch Tatsachen und Grundzüge bestimmt wurde, sondern durch die Launen des Wetters. Mehr als einmal wurde infolge der kommunistischen Lustsprünge der Reaktion Hilfsdienst geleistet und die Krise in nächste Nähe gedrückt. Indes fehlte es dem gegenrevolutionären Block oft an geeigneten Angriffspunkten. Die Landespolizei, in ihrer Zusammensetzung und Führung durchaus demokratisch-republikanisch, sollte die Handhabe für die Entfesselung des Machtkampfes um den Besitz der Regierungsgewalt bieten.

Es ist noch in lebendiger Erinnerung, wie die reaktionäre Presse Monate hindurch gewissenlos die Heke gegen die Landespolizei betrieb, verbrecherische und geistesranke Spitzel zur Beschmutzung und Verleumdung dieser Einrichtung gedungen wurden, wie die Reichsbureaukratie und die hohe Justiz gegen diese republikanische Zelle in Thüringen zu Felde zog. Kapprebellien erhoben die Anklage des Hoch- und Landesverrats gegen Männer, die sich nicht gekümmert hatten, ihrer sozialistischen Gesinnung Ausdruck zu geben. Die Anklage ist vor einigen Wochen im Parlament schmählich zusammengebrochen, und es steht nach den Untersuchungen des parlamentarischen Ausschusses und der Justizbehörden heute schon fest, daß es einfach unmöglich ist, gegen irgendwen die Anklage irgendwie zu formulieren. Das wird unter der heute herrschenden Rechtsformel immerhin schon viel bedeuten.

Aber der Kampf um die Beherrschung der Staatspolizei ist der Machtkampf in Thüringen schlechthin, und seine letzte Auswirkung ist der Sturz der Regierung und die Auflösung des Parlaments.

Den ersten ernstlichen Stoß erhielt die Regierung durch den von Demokraten und Rechtssozialisten erzwungenen Rücktritt des parteilosen Ministers des Innern von Brandenstein, der zur Charakterisierung des Spitzels Dampf in öffentlicher Landtagsführung ein vernichtendes Ur-

